

Andreas Ruppert

Um jeden Preis gegen die Republik: lippische DNVP
und NSDAP von den Kommunalwahlen im Januar 1932
bis zur Landtagswahl im Januar 1933

Politik ist für uns immer Kriegsdienst gewesen, Opfergang; Wahlen sind Großkämpfe. Nun führen wir ein durch die einjährigen ununterbrochenen Kämpfe fast aufs äußerste erschöpftes Bataillon, dem inzwischen auch die Munition, die silbernen Kugeln ausgegangen sind, zum letzten Male mit ungemindertem Schneid zum Sturm, zum Sturm auf die rote Festung.

So begrüßte Dr. Helmuth Petri, Vorsitzender des Landesverbandes Lippe der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), im Januar 1933 seinen Parteivorsitzenden Alfred Hugenberg in Detmold.¹ Sturmreif geschossen war die Republik. Die DNVP hatte endlich, in Lippe wie im Reich, das Ziel erreicht, das sie unbeirrt 14 Jahre lang verfolgt hatte.

Vorbemerkungen

Dass „jede Epoche ... unmittelbar zu Gott“ sei, ist ein immer noch gültiger Kernsatz bei Leopold von Ranke.² Die Zeitgeschichte ist nicht wichtiger als die Archäologie, auch wenn unsere stadtgeschichtlichen Projekte sich auf die letzten 100 Jahre konzentrieren. Umgekehrt ist auch das Mittelalter nicht wichtiger als die Neuzeit – ein Eindruck, den etwa Kittels Stadtgeschichte von 1953 hervorrufen könnte.³ Aber das Vergangene jeder dieser Epochen ist fern und fremd. Siegfried Kracauer, den Hans-Gerd Schmidt in seiner Einführung zum Film „Dr. Caligari“ zitierte, hat den Historiker mit einem Reisenden verglichen. Eine Reise in die Vergangenheit sei der in ein fremdes Land vergleichbar.⁴ Man trägt im Gepäck die eigenen Erfahrungen, die eigenen Gedanken, die eigenen Prägungen mit sich. Man nähert sich dem Fremden, ohne jemals in ihm aufzugehen. Zuletzt kommt man verändert zurück. Wenn man Glück hatte: bereichert. Aber für die Annäherung und für das Verständnis des Fremden gibt es unaufhebbare Grenzen. Dieser Grenzen sollte sich der Historiker bewusst sein und nicht zu sehr an die Machbarkeit objektiver Darstellung glauben. Dabei ist es unmittelbar einleuchtend, dass die Fremdheit mit dem Abstand wächst bzw. umgekehrt die Möglichkeit des Verstehens mit der Nähe zunimmt. Im Nachbarland kommt der Reisende ähnlich gut zurecht wie der Historiker in der gerade zu Ende ge-

gangenen Epoche. Es ist eine Nähe, die das Verstehen erleichtert, manchmal allerdings auch erschweren kann, wenn als gleich Erscheinendes zu rasch für Gleiches gehalten wird.

In der NS-Zeit hat die deutsche Geschichte einen bis dahin nicht vorstellbaren – und auch heute noch nicht vorstellbaren – Tiefpunkt erreicht. Die Untaten sind ein *scandalon*, das auch nicht dadurch kleiner wird, dass das Interesse daran langsam abzunehmen scheint. Die unmittelbar nach dem Krieg Geborenen sind in einer Gesellschaft aufgewachsen, in der die Opfer und die Täter zum gesellschaftlichen Alltag gehörten. Beide waren Teil der Normalität. Wer die Auschwitztäter in Frankfurt auf der Anklagebank gesehen hat, weiß um diese Normalität und versteht Hannah Arendts Begriff von der „Banalität des Bösen“.⁵ Auch diese Erfahrung der Gegenwart der Täter und Opfer gehört zum Reisegepäck des Historikers. Man hat es bei sich, ob man will oder nicht, und auch unabhängig vom Ziel der Reise. Das Gepäck gehört auch dann nicht ins Schließfach, wenn es um die Epoche vor der Wende im Januar 1933 geht. Wir behandeln hier im 5. Stadtgeschichtlichen Projekt die Jahre von 1914 bis 1933, doch immer im Wissen darum, dass der historische Entwurf einer freien demokratischen republikanischen Gesellschaft gescheitert ist und durch die Barbarei abgelöst wurde, vor der Jahrzehnte zuvor schon Rosa Luxemburg, Friedrich Engels zitierend, gewarnt hatte.⁶

Parteien und Republik

Die Republik war nicht erst in ihren letzten Jahren, sondern schon von der ersten Stunde an existentiell bedroht. Historiker wie der früh verstorbene Detlev Peukert, Heinrich August Winkler oder Hans-Ulrich Wehler äußern ihr Erstaunen darüber, dass die Republik ihre ersten Jahre überhaupt überstanden hat.⁷ Sie war immer bedroht und nie wirklich stark. Wir müssen uns von einer bis heute gehegten Illusion befreien, dem Mythos von den Chancen der Räterepublik, der noch für die 68er Bewegung eine so große Rolle spielte. Die Illusion will glauben machen, dass die Linksparteien eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung hinter sich gehabt hätten, und dass, hätten sie nur zusammengehalten, die Republik gerettet worden wäre. Das ist nicht der Fall. SPD und USPD hatten zwar 1919 mit über 45 % der Stimmen eine Mehrheit in der Nationalversammlung, sind aber später an diese Zahlen nie wieder herangekommen. Das Gleiche gilt für die SPD in Lippe, die im ersten Landtag 1919 die absolute Mehrheit der Mandate besaß, später aber nicht mehr an die 40-Prozent-Grenze herankam. Wie ausgeglichen in Wirklichkeit die politischen Lager waren, zeigte sich noch beim zweiten Durchgang zur Reichspräsidentenwahl 1925. 14,6 Millionen Wählerinnen und Wähler stimmten im

April 1925 für Hindenburg, 13,7 Millionen für den Zentrumspolitiker Marx. Marx stand für die Republik, Hindenburg stand für die Sehnsucht nach Überwindung der Republik. Mehr als die Hälfte der deutschen Wählerinnen und Wähler stand also schon 1925 nicht mehr zur Republik.

Welche Partei aber stand zur Republik und welche nicht? Unzweideutig für die Republik stand die SPD als die dominierende Partei des proletarischen Milieus, die mit Ebert den ersten und mit Hermann Müller auch den letzten parlamentarisch legitimierten Reichskanzler stellte. Nicht zur Republik stand die KPD. Keines ihrer politischen Manöver hatte die Verteidigung der Republik zum Ziel, auch nicht das „Volksfront“-Angebot an die einfachen Parteimitglieder, während gleichzeitig die Führung mit dem „Sozialfaschismus“-Vorwurf angegriffen wurde. Es ist legitim, im Rückblick alternative Ansätze wahrzunehmen und etwa die Möglichkeiten einer deutschen „Räterepublik“ durchzuspielen. Aber es ist nicht legitim, im Nachhinein die Geschichte zu verfälschen, wie es Kommunisten regelmäßig tun, sei es für Russland, für Spanien oder für die Weimarer Republik. Auch die KPD hat ihren Anteil an der Zerstörung der Republik. Der Respekt vor den kommunistischen Opfern der NS-Zeit ändert nichts an dieser Einschätzung.

Von den großen Parteien stand das Zentrum zur Republik, die Partei des katholischen Milieus, zumindest bis der Prälat Kaas im Dezember 1928 den Parteivorsitz übernahm. Mit der SPD und der DDP bildete das Zentrum die sog. Weimarer Koalition, die in Preußen sogar bis 1932 tragfähig war. Die wirklichen „Sorgenkinder“ des Weimarer Parlamentarismus⁸ waren die beiden bürgerlichen Parteien der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Deutschen Volkspartei (DVP). Im Zusammenbruch des November 1918 war kurzfristig der Gedanke einer liberalen Einheitspartei entstanden, die die liberalen Flügel der Kaiserzeit – „Fortschritt“ und Nationalliberale – bündeln sollte, um, wenn schon nicht außenpolitisch die Kriegsziele, so doch innenpolitisch die bürgerliche Gesellschaftsordnung zu retten. Die Fraktionen der Liberalen blieben aber bei der Option zweier unterschiedlicher Parteien. Als linksliberale Partei entstand die DDP, kurz darauf folgte die DVP. Damit war das Vorkriegsschema des Liberalismus reproduziert.⁹

Die DDP war dabei sowohl eine Partei bestimmter industrieller Interessengruppen wie auch die Partei der Intellektuellen, des gebildeten Bürgertums, die ihre zu Anfang hohe Anziehungskraft herausragenden und sehr unterschiedlichen Persönlichkeiten verdankte. Zu ihren Mitgliedern gehörten, um nur wenige Namen zu nennen, Friedrich Naumann und Otto Gessler – Reichswehrminister in mehreren Kabinetten – Theodor Wolff, Theodor Heuss und Reinhold Maier, Ernst Lemmer, Robert Bosch und Walter Rathenau, Ludwig Quidde und Hans von Gerlach, Alfred und Max Weber, Friedrich Meinecke und Ernst Troeltsch. Zu ihnen gehörte auch Hugo Preuss, der im

Auftrag Eberts die Reichsverfassung ausarbeitete, die von anderen Ländern, etwa Spanien, als beispielhaft kopiert wurde.

Die DVP war dagegen eindeutig die Partei des Großkapitals, mit den Industriebossen Hugo Stinnes, Albert Vögler, Hermann Röchling und Paul Silverberg als Reichstagsabgeordneten. Weitere Standbeine hatte die DVP in der Ministerialbürokratie und im höheren Offizierskorps, etwa mit Hans von Seeckt, dem Chef der Heeresleitung, der sie später im Reichstag vertrat. Ihr führender Kopf war von Anfang an Gustav Stresemann. Mit ihm als Reichskanzler und Außenminister hatte die Partei ihren Zenith erreicht. Stresemann hatte einen langen Weg vom „Vernunftrepublikaner“ zum wirklichen Republikaner zurückgelegt und vom Annektionisten des Weltkrieges zum Europäer, der außenpolitisch die Vision für eine friedliche Koexistenz in Europa entwickelte, wie sie ein Vierteljahrhundert später erst wieder Konrad Adenauer und Robert Schuman aufgreifen sollten. Nach seinem Tod im Oktober 1929 erlebte seine Partei einen raschen Niedergang.

Beide Parteien waren in Fraktionen gespalten, deren Richtungskämpfe die Verunsicherung der Unterstützergruppen und der Wähler spiegelten. Keiner der beiden Parteien gelang es dabei, sich mit einer gradlinigen Politik einen verlässlichen Wählerstamm zu schaffen. Bei den Wählern gab es die merkwürdige Haltung eines Abwartens der Erfolge und Leistungen der Republik, aus denen ihr die Legitimation zugesprochen werden sollte und bei deren Ausbleiben man sich wieder abwandte. Die Parteien gerieten in dem Moment auf eine abschüssige Bahn, als sie diesen Schwankungen nachgaben und versuchten, die Wähler durch die Preisgabe von Prinzipien zurückholen. Am deutlichsten ist das Scheitern solcher Politik bei der DDP zu erkennen. Sie versuchte, ihren Absturz in der Wählergunst (1919: 18,56 %, 1930: 3,8%; Lippe: 1919 19,82 %, 1929: 5,56 %¹⁰) 1931 ausgerechnet durch ein Bündnis mit dem Jungdeutschen Orden aufzufangen. Tatsächlich hatte der Wehrverband des Jungdeutschen Ordens aus seiner antidemokratischen und antirepublikanischen Grundhaltung nie ein Hehl gemacht. Von ihm war erstmals in Deutschland der Ruf nach einem „Dritten Reich“ ausgegangen.¹¹ Es ist bis heute unbegreiflich, wie die DDP ein solches Bündnis eingehen und damit ihre wirklich liberalen Stammwähler desavouieren konnte. Dass die neu entstandene Deutsche Staatspartei auf den Begriff „demokratisch“ im Namen verzichtete, symbolisiert die Bankrotterklärung einer Partei, die anfangs zu den Stützen der Republik gehört hatte. Genützt hat das sehr kurzlebige Bündnis beiden nicht. Am 23. März 1933 hatte die DDP ihren letzten Auftritt, als ihre fünf Reichstagsabgeordneten, unter ihnen Theodor Heuss, dem Ermächtigungsgesetz zustimmten.

In der DVP dagegen engagierten sich die „Vernunftrepublikaner“: Dieser Begriff wird in der Regel positiv verwendet, um jene Vertreter der Eliten zu bezeichnen, die angeblich „aus der Geschichte gelernt“ hatten. Sie hatten tat-

sächlich gelernt, dass man nicht mehr ohne und nicht gegen die Mehrheit der Bevölkerung regieren konnte und dass diese Mehrheit inzwischen die Republik wollte. Man muss diesen Begriff aber nicht positiv besetzen. Man kann auch sagen, dass die Vernunftrepublikaner erkannt hatten, dass zeitweilig kein Weg an der politischen Partizipation der Bevölkerung vorbeiführte, und sich nur dieser Not gehorchend auf den Boden der Verfassung stellten. Eine Bereitschaft, für die Verfassung und die Republik notfalls auch zu kämpfen, entsteht aus solcher Haltung nicht. Gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch hat im März 1920 der Generalstreik die Republik gerettet, während die „Vernunftrepublikaner“ im Reichstag oder in der Heeresleitung den Ausgang des Putsches abwarteten.

Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP)

Auch in der DVP gab es unterschiedliche Fraktionen und nicht alle ihre Politiker unterstützten Stresemanns Weg. Dabei ist es kaum möglich, bei den Interessen und Zielen die konservative Fraktion der DVP von der aggressiv rechts stehenden DNVP zu unterscheiden, der politischen Vertretung des antirepublikanischen Bürgertums. Stresemann selbst sprach einmal davon, dass die eine Partei in Moll sage, was die andere in Dur tue.¹² Beide Parteien hatten eine schwarz-weiß-rote Gesinnung, keine schwarz-rot-goldene, beide konkurrierten um rechtslastige Verbände mit hoher Anhängerschaft wie den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband (DHG) oder den Wehrverband „Stahlhelm“. Von daher ist es auch konsequent, wenn mit der DVP Unzufriedene sich bei der DNVP wiederfanden. Im Dezember 1932 sollte der Vorsitzende des Landesverbandes Lippe der DVP, Hermann Kesting, Lehrer in Pivitsheide, mit der DNVP eine förmliche Listenverbindung eingehen.¹³ Sie brachte beiden Parteien je einen Sitz im Landtag ein.

Schon im Weltkrieg hatte sich diese Rechte formiert. Ihre politischen Köpfe wussten, dass sie um die Partizipation der Massen über ein Parlament nicht mehr herum kamen. Sie gründeten 1917 die Deutsche Vaterlandspartei, mit dem Großadmiral a.D. Alfred von Tirpitz als 1. und dem Generaldirektor der Ostpreußischen Landschaft Wolfgang Kapp, dem späteren Putschisten, als 2. Vorsitzenden. Man könnte sich darüber wundern, dass Männer, die Deutschland in diesen Krieg gestürzt hatten, in der Abenddämmerung ihrer eigenen undemokratischen Gesellschaftsordnung ausgerechnet eine Partei gründeten. Noch verwunderlicher aber bleibt die Tatsache einer Mitgliederzahl, die zwischen 450.000 und 1,2 Millionen schwankte – Zahlen, die zu erreichen die SPD Jahrzehnte benötigt hatte. Hier formierten sich gesellschaftliche Kräfte gegen die parlamentarische Republik schon vor ihrer Einführung.

Im November 1918 gab die Vaterlandspartei allerdings schon wieder auf. Ihre Nachfolgerin wurde die DNVP. Die DNVP hatte eine starke Basis in der Großindustrie, vor allem bei den Mächtigen der Kohle- und Eisenindustrie, dazu in der Landwirtschaft (Reichslandbund) und im höheren Beamtentum. Tragfähig waren auch ihre Querverbindungen zu rechten Verbänden, etwa zum antisemitischen Alldeutschen Verband mit Heinrich Class an der Spitze oder zum mitgliederstarken Wehrverband „Stahlhelm“, der in seiner Satzung schon früh den „Arierparagraphen“ eingeführt hatte.

Die Ziele der DNVP waren außenpolitisch der Kampf gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages, innenpolitisch die Sicherung der ökonomischen, sozialen und politischen Ordnung der Vorkriegszeit. Sie wollte keine Sozialpartnerschaft, keine politischen Zugeständnisse, und sie gab Juden und Sozialisten die Schuld am Zusammenbruch der Vorkriegsordnung. Sie war auch eindeutig antisemitisch. Um das zu erkennen, braucht man in Lippe nur ihre Parteizeitung, die Lippische Tageszeitung, durchzublättern. Dort wird in Anzeigen schon früh das Hakenkreuz verwendet, und man weiß, wer diese Partei beerben würde. Alle ihre Ressentiments bündelte sie im Feindbild des „Systems Weimar“, gegen das sie vom ersten bis zum letzten Tag ankämpfte. Als Reichskanzler Wirth nach dem Mord an Walter Rathenau im Reichstag am 25. Juni 1922 das Wort sagte: „Dieser Feind steht rechts“, da meinte er nicht nur die Mörderbanden, die jahrelang das Reich unsicher machten – eher unbehelligt von einer Justiz, die gleichzeitig einen Felix Fechenbach ins Zuchthaus schickte –, sondern er meinte gerade auch Rechtsparteien wie die DNVP, die sich in ihrer Gesinnung nicht von den Banden auf der Straße unterschieden.

Allerdings hatte die DNVP zwei große Handicaps. Sie hatte zum einen keine politische Vision. Viele ihrer Anhänger wollten zurück in die Kaiserzeit, aber sie wussten, dass das nicht mehr möglich war. Die Republik wollten sie nicht. Aber was wollten sie? Sie wollten die Wirtschafts- und Sozialordnung der Kaiserzeit ohne Kaiser, an seine Stelle sollte ein Diktator aus ihren Reihen treten. Die gleiche Leere gilt für den Stahlhelm. Seine Mitglieder wollten sich auf Veteranentreffen zu Zügen und Kompanien formieren und endlos marschieren. Eine politische Utopie hatten sie nicht.

Die Regierungen Brünings – anfangs mit einer Koalition aus Zentrum, DDP, DVP, Bayernpartei, DNVP, Wirtschaftspartei und Volkskonservativer Vereinigung – waren den Mitgliedern von DNVP und Stahlhelm noch zu sehr dem Parlamentarismus verhaftet. Die Präsidialdiktaturen eines Franz von Papen oder Kurt von Schleicher aber sahen sie auf dem richtigen Weg. Helmuth Petri sprach es am 22. Oktober 1932 auf einer Versammlung mit Hugenberg in Lemgo aus: „Heute haben wir den ersten großen Erfolg. Heute steht an der Spitze des Reiches eine Regierung, welche unsere Waffen aufgenommen hat.“

Aus unserem Arsenal stammt ihr Rüstzeug. Denn unsere Ideen sind es, die diese Regierung außen und innen, in der Finanzpolitik und in der Wirtschaftspolitik jetzt zu verwirklichen strebt. So stehen nicht wir hinter der Regierung Papen, sondern die Regierung Papen steht hinter uns.“¹⁴

Aber nun kam das zweite Handicap ins Spiel: Das Fehlen einer Massenbasis. Die DNVP hatte ursprünglich organisierte Anhänger unter den Handwerkern und Handlungsgehilfen, ebenso in der Arbeiterschaft, aber mit jedem Rechtsruck innerhalb der Partei gingen ganze Teile dieser Gruppierungen verloren. Es war ein fataler Kreislauf, den die Partei nicht stoppen konnte. Bei den Reichstagswahlen 1928 erlebte die DNVP ihren tiefsten Einbruch. Er war noch nicht auf das Erstarken der NSDAP zurückzuführen.¹⁵ Auch jetzt reagierte die Parteimehrheit mit einem neuen Rechtsruck. Dem folgte ein erneuter und diesmal sehr starker Verlust an Mitgliedern und Parlamentariern, die sich in durchgängig erfolglosen Splitterparteien verloren. Am bekanntesten ist die Gründung der Volkskonservativen Vereinigung durch Gottfried Treviranus im Januar 1930. Die wichtigste Folge aber war ein Zugewinn an Attraktivität für die NSDAP, jener Partei, die sich als erste milieuübergreifende Partei positioniert hatte, Allen Alles versprach und im September 1930 bei den Reichstagswahlen den Durchbruch schaffte.

Der Rechtsruck in der DNVP hatte einen Protagonisten: Alfred Hugenberg. Dieser Mann, der das parlamentarische System grundsätzlich ablehnte und nicht einmal zur Kompromisshaltung der „Vernunftrepublikaner“ bereit war,¹⁶ wurde im Oktober 1928 zum Parteivorsitzenden gewählt. Die radikalste Fraktion hatte sich durchgesetzt. Zwar verlor die DNVP anschließend wichtige Persönlichkeiten wie den Grafen Westarp sowie Mitglieder und Wahlen, aber die verbliebenen Mandatsträger vertraten geschlossen den Hugenbergkurs. Hugenberg aber steuerte unbeirrt und mit allen Mitteln auf den Abgrund zu. Hugenberg wollte die Herrschaft einer kleinen Elite, brauchte aber eine Machtbasis, wie sie Papen und Schleicher gefehlt hatte. Der Stahlhelm konnte sie angesichts der eigenen Perspektivlosigkeit nicht geben. Die Reichswehr hielt sich zurück, so lange sie ihre Vertreter wie den Reichswehrminister Groener oder den General Schleicher an den Schalthebeln der Berliner Macht sah. Und so blieben nur die Wählermassen des „Gefreiten aus dem Weltkrieg“, den Hugenberg verachtete. Hugenberg wollte als Vertreter des „Elitenkartells“¹⁷ (Peukert) regieren, und die NSDAP sollte die Zustimmung der Massen garantieren.

Am 10. und 11. Oktober 1931 wurde in Bad Harzburg das rechte Bündnis geschmiedet: mit Hitler und Hugenberg, den Stahlhelmvorsitzenden Seldte und Düsterberg, dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes Class und Hans von Seeckt als Vertreter der DVP. Die so genannte Harzburger Front sollte den letzten Aufmarsch gegen die Republik führen. In Wirklichkeit war

sie schon wenige Tage später wieder erledigt. Für Hitler war Harzburg kein Bündnis, sondern die Bestätigung dafür, dass die Konservativen ohne ihn nicht mehr auskamen. Als er das wusste, verließ er das Bündnis. So ließ sich die selbsternannte Elite des konservativen Bürgertums vom „Gefreiten“ vorführen. Das Bemerkenswerte ist, dass Hugenberg nie verstanden hat, dass er längst in der Minderheitsposition war und keine Bedingungen mehr stellen konnte. Er hatte eine völlig falsche Vorstellung davon, wer in den kommenden Veränderungen Subjekt und wer Objekt sein würde. Der Gipfel der Illusion war am 30. Januar 1933 erreicht, als das „Elitenkartell“ glaubte, mit seinen Ministern – Hugenberg und Papen für die DNVP, Seldte für den Stahlhelm und von Blomberg für die Reichswehrführung – den Reichskanzler Hitler mit seinen beiden Ministern Frick (Inneres) und Göring (ohne Geschäftsbereich) „einrahmen“ zu können.

Dass DNVP und Stahlhelm mit diesem Bündnis ihr eigenes Ende eingeläutet hatten, macht sie allerdings nicht zu Opfern. Der Stahlhelmführer Seldte erhielt die Position des Arbeitsministers und behielt sie bis zum Mai 1945. Der Parteiführer der DNVP saß für die NSDAP im Reichstag – machtlos, aber sicher. Mit Mandat, machtlos und sicher – das gilt auch für Hugenberg's lippischen Statthalter, den Rechtsanwalt Dr. Helmuth Petri in Detmold.

Die DNVP in Lippe

Auch die lippische DNVP bot sich als Sammelbecken der konservativen Eliten an. Zu ihren ersten Landtagsabgeordneten gehörten der Generalsuperintendent August Weßel¹⁸ und der Landgerichtspräsident Otto Preuss. Letzterer hatte auch schon der Vaterlandspartei angehört. Unterstützt wurde sie von der Lippischen Tageszeitung. Es soll hier noch einmal als Besonderheit hervorgehoben werden, dass die großen politischen Lager in Lippe durch eigene Tageszeitungen repräsentiert wurden: die Sozialdemokratie durch das Volksblatt (Auflage 1930: 8800), die bürgerliche Rechte durch die im Februar 1920 vom Hugenberg-Konzern aufgekaufte Lippische Tageszeitung (Auflage 1927: 3500) und die bürgerliche Mitte durch die Lippische Landes-Zeitung (Auflage 1930: 17000). Der Rechtsruck des Bürgertums zeigte sich auch hier: bei der Landes-Zeitung an den mehrfachen Parteiwechseln von Max Staercke, der allerdings nie bei der NSDAP landete, bei der Tageszeitung daran, dass ihr Verlagsdirektor Herzfeld schon 1930 der NSDAP beitrug.

Die Parteipolitik zeigte in Lippe ein ähnliches Bild wie im Reich, wenn auch die Gegensätze abgemilderter waren: Es gab keinen dem Kapp-Lüttwitz-Putsch vergleichbaren Umsturzversuch, die „soziale Nähe“ verhinderte zudem in Lippe die schlimmsten Risse. Selbst in den Zeiten härtester Konfron-

tation, etwa im Vorfeld des Volksentscheids vom April 1931, blieben Drake und Petri noch im Gespräch. Petri war sogar bereit, Drake bis zur nächsten regulären Landtagswahl zu dulden. Umgekehrt informierte das Landespräsidium auch die DNVP z.B. über die 1932 geplanten Verwaltungsreformen. Das Tischtuch war nie ganz zerschnitten. Die DNVP, die nie im Landespräsidium vertreten war und deswegen als die wichtigste Oppositionspartei gelten kann, steigerte ihren Stimmenanteil bei der Landtagswahl von 1925 auf mehr als 25 Prozent. Aber zu ihren Abgeordneten gehörte damals auch ein Mann wie Ludwig Koch, ein Nationalsozialist der ersten Stunde. Dass ein solcher Trittbrettfahrer für die DNVP kein Problem war, zeigt, wo diese Partei selbst in der Stabilitätsphase der Republik stand und wie durchlässig die Grenze zwischen der rechten und der rechtsradikalen Partei war. Zu den Besonderheiten der DNVP gehörte es, dass ihre beiden profiliertesten Köpfe, die Reichstagsabgeordneten Alfred Hugenberg und Gottfried Treviranus, aus Lippe stammten. Sie lieferten sich einen erbitterten Kampf um die Richtung der DNVP im Reich. Hugenberg war auf Gut Rohbraken im Extertal ansässig, Treviranus war Syndikus der lippischen IHK gewesen und vertrat nach der Landtagswahl von 1925 bis zum März 1926 die DNVP im Lippischen Landtag. Das führte zu einer relativ engen Verbindung zwischen den Parteileitungen in Detmold und Berlin und macht den Nachlass von Dr. Helmuth Petri, der im Staatsarchiv in Detmold liegt und die Basis für den hier vorliegenden Text bildet, auch für die Geschichte der Gesamtpartei so interessant. Petri war Hugenbergs Mann im Lande – der gleiche Petri, dem Drake wegen Zweifeln an seiner Verfassungstreue 1923 den Eintritt in den Landesdienst verwehrt hatte.

Lippe wurde damals parteiintern als eigener Landesverband geführt, blieb nach außen aber dem Landesverband Westfalen-Ost und beider Lippe mit Sitz in Bielefeld zugeordnet. Es ging darum, das Prinzip der Identität von Reichstagswahlkreis und Parteiorganisation zu wahren. Es wird niemanden, der die Gegebenheiten kennt, verwundern, dass sich daraus zahlreiche Quereilen ergaben. Petri war seit dem 1. Juli 1929 Vorsitzender des lippischen Landesverbandes und versuchte wiederholt, seinen direkten Draht nach Berlin gegen die Bielefelder auszuspielen. Tatsächlich ist es der lippischen DNVP im Oktober 1932 gelungen, von der Berliner Leitung als wirklich selbständiger Landesverband anerkannt zu werden.¹⁹ Im Machtkampf in der Gesamtpartei stand Lippe auf Seiten Hugenbergs. Allerdings hatte Treviranus auch hier zu Lande seine Anhänger. Im April 1930 äußerte sich Treviranus, damals Reichsminister für die besetzten Gebiete, in Detmold öffentlich zum parteiinternen Streit und für den Juli 1930 war sogar eine öffentliche Diskussion zwischen ihm und dem Reichstagsabgeordneten und Hugenberg-Vertrauten Reinhold Quaatz im Detmolder Neuen Krug geplant. Der von Petri in seiner

Anfrage gewählte Ton zeigt, dass Treviranus keine *persona non grata* in Lippe war. Die Diskussion kam allerdings nicht zustande.²⁰

Dass Petri Hugenberg's Mann war, bedeutet nicht, dass das Verhältnis konfliktfrei war. Schon im Mai 1927 hatte Petri auf die Notwendigkeit einer Neuorganisation der Partei auf dem Lande hingewiesen. Sie sei dort schlecht vertreten, habe insgesamt zu wenig geeignete Führer und es mangle zudem an Nachwuchs. Auch kritisierte er die öffentlichen Streitigkeiten Hugenberg's mit dem Führer des Jungdeutschen Ordens, Alfred Mahraun, da der Orden in Lippe viele Anhänger habe. Einige der Klagen sollten bis 1933 regelmäßig wiederkehren: Dass die Lippische Tageszeitung zu wenig Resonanz finde, dass das Führerkorps zu dünn sei, dazu kam der Dauerstreit mit den Bielefeldern. Vor allem aber beklagte Petri die mangelnde Präsenz des Parteiführers. Immer wieder mahnt er Hugenberg's persönliches Erscheinen an.²¹ Hugenberg verwies dagegen auf seine Verpflichtungen in Berlin und gegenüber den anderen 47 Landesverbänden und hielt später Petri einmal entnervt vor: „Sie kritisieren rücksichtslos und scharf jeden Schritt, den die Hauptgeschäftsstelle tut. Der Ton geht dahin: wozu ist denn eigentlich die Hauptgeschäftsstelle da, wenn sie so töricht ist, nicht jeden Wunsch des Landesverbandes Lippe sofort zu erfüllen und zu begreifen.“²²

Petri war ein Funktionär und Organisator, kein populärer Redner, der selbst die Anhänger hätte mobilisieren können. In den Listen der Einsätze von DNVP-Rednern im Jahre 1932 kommt er selten vor.²³ Petri lamentierte viel und drohte wiederholt mit seinem Rücktritt, ohne dass dies in der Parteileitung allzu ernst genommen wurde.

In der lippischen „Innenpolitik“ zeigen Petri's Korrespondenzen, an wen sich die DNVP wandte und an welche Grenzen sie stieß. Direkt angesprochen wurden etwa Otto Künne, der Generaldirektor der Hoffmann's Stärkefabriken in Bad Salzuflen, oder Generalleutnant a.D. Caesar, der Präsident des Lippischen Kriegerbundes, dazu Fabrikanten, Landwirte, Studienräte und Mediziner. Künne war zu einer Spende bereit, verweigerte aber ansonsten ein Engagement, da er seine politische Heimat aus wirtschaftspolitischen Gründen bei der DVP sah.²⁴ Caesar hatte sich darüber beschwert, zu Parteiveranstaltungen nicht eingeladen worden zu sein. Daraufhin erinnerte ihn Petri an eine lächerlich geringe Spendenleistung und verwies auf das in deutschnationalen Kreisen umlaufende Gerücht, dass Caesar schon bei der NSDAP gelandet sei.²⁵ Am Rand der DNVP agierte bis zum Juni 1933 der „Germanenforscher“ Wilhelm Teudt, der immer wieder die Harzburger Front beschwor.²⁶ Tatsächlich war Harzburg *avant la lettre* in Lippe schon im Herbst 1930 durchgespielt worden, also ein Jahr früher als in Harzburg selbst. Die rechten Parteien Lippes wollten, beflügelten vom Erfolg bei der Reichstagswahl vom September des Jahres, den Landtag auflösen und Neuwahlen erzwingen. Max Staercke,

der Herausgeber der Landeszeitung, listete in einem Schreiben an Petri auf, wer den Antrag unterstützte: DNVP, Konservative Volkspartei, Volksnationale Vereinigung, Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei), Evangelischer Volksdienst und die Landvolkpartei.²⁷ Die DVP kam dann noch dazu. Der Antrag wurde abgelehnt, gleichzeitig wurde aber das Verfahren für einen Volksentscheid in Gang gesetzt. Vor dem Volksentscheid, der keine Erfolgsaussichten hatte, sprang Staercke wieder ab, die anderen Parteien samt der DNVP folgten.²⁸ Nun übernahm die NSDAP mit ihrem Bezirksleiter, dem Psychiater Dr. Manfred Fuhrmann aus Hiddesen, die Initiative und ließ gleichzeitig die DNVP in ihrem Parteiorgan, dem Lippischen Kurier, beschimpfen. Petri beschwerte sich darüber bei Fuhrmann und bedauerte, „daß unsere sonst guten politischen Beziehungen durch diesen Artikel getrübt sind.“²⁹ Für Fuhrmann war damit geklärt, wie weit man gehen konnte.

Der Probelauf des rechten Bündnisses war misslungen. Beide Seiten wussten jetzt, mit wem sie es zu tun hatten. In einem Schreiben an Präses Koch, den Vorsitzenden des Landesverbandes Westfalen-Ost und beide Lippe, skizzierte Petri am 30. Januar 1931 die Konfliktlinien der kommenden zwei Jahre: „Wir kommen hier gegenüber den Nationalsozialisten vollständig ins Hintertreffen. Die Nationalsozialisten haben das indifferente Bürgertum durch ihre maßlose Agitation sturmreif geschossen. Es gibt sehr viele Demokraten, die reif sind, rechts zu wählen, die sich aber an den wirtschaftlichen Gedankengängen und den Agitationsformen der Nationalsozialisten stoßen. Diese müssen jetzt für uns gewonnen werden.“³⁰

Das Jahr 1932

Ende 1931 war die Republik in der Sprache der Hugenberg und Petri „sturmreif“ geschossen. Die Präsidialkabinette Brüning hatten die Demokratie weitgehend unterhöhlt. Die Mehrheit der Bevölkerung beschäftigte nicht mehr die Frage, ob und wie die Republik gerettet werden könne, sondern was nach ihr komme. Die in zwei großen Lagern formierte Rechte: hier das rechte Bündnis von DNVP und Stahlhelm, dort die NSDAP, wollten die Abschaffung des Reichstags, die Aufhebung der Verfassung und ein „Drittes Reich“ als Diktatur. Die zentrale Frage war, wie die Machtanteile aussehen würden. Dabei hatte die NSDAP von vornherein mehrere Vorteile. Einer war, dass sie konsequent auf den Kurs setzte, über Wahlen Mehrheiten in den Parlamenten zu erreichen, während der Hugenberg-Kurs das parlamentarische Procedere nicht mehr mitmachen wollte. Der Kampf um die Republik und um die Verteilung der Mächte spiegelt sich in der Abfolge zahlreicher Wahlen seit dem Januar 1932. Sie begann mit den Kommunalwahlen in Lippe, es folgten mehrere

Landtagswahlen, unter anderem in Preußen und Hessen, zwei Durchgänge bei der Reichspräsidentenwahl, zwei Reichstagswahlen und sie endete mit der Landtagswahl in Lippe. Die Kommunalwahlen, die Reichspräsidentenwahl und die Landtagswahl sollen kurz beleuchtet werden.

Kommunalwahlen im Januar 1932

Im Vorfeld der Kommunalwahlen war die lippische DNVP wieder einmal von ihren rechtsradikalen Konkurrenten vorgeführt worden. Die Nationalsozialisten, die in den Kommunen noch keine Rolle spielten, hatten der DNVP eine Listenverbindung vorgeschlagen. Die DNVP, die hier erstmals in Lippe vom „Burgfrieden“ mit der NSDAP sprach, war bereitwillig darauf eingegangen. Schließlich machte die NSDAP einen Rückzieher, nachdem ihr die Gauleitung solche Bündnisse untersagt hatte.³¹ Die Bedeutung der Wahlen war den Beteiligten klar. Die lippische DNVP wies in einem Rundschreiben am 18. Dezember 1931 darauf hin, dass es sich um Wahlen handele, die „zum ersten Male streng nach politischen Gesichtspunkten stattfinden“.³² In einem Schreiben an einen Parteiredner aus Pommern wies Petri auf den größeren Zusammenhang hin: „Ein schlechter Ausgang dieser Kommunalwahlen würde für das ganze Reich richtunggebend sein, gerade weil es sich um die Heimat von Hugenberg handelt.“³³

Nach den Wahlen, die Erdrutschsiege für die NSDAP und Niederlagen für die DNVP brachten, war Petri sichtlich irritiert. Als Niederlage betrachtete er dabei weniger die eigenen Stimmenverluste als den Nachweis der relativen Stabilität der Sozialdemokraten. Die Erfolge der NSDAP, die in allen lippischen Städten außer in Oerlinghausen die Mehrheit in den Stadtverordnetenversammlungen stellte,³⁴ wurden von ihm dagegen heruntergespielt. Ganz ignorieren konnte er sie allerdings nicht, erkannte darin aber keine grundlegende Umorientierung der Wählerschaft, sondern führte sie auf ein singuläres Ereignis zurück, einen Auftritt Hitlers in Lemgo: „Hitler hat wohl 12000 Zuhörer gehabt, darunter sehr viel bisherige Deutschnationale, die zum Teil ganz fasziniert waren. Das war 2 Tage vor der Wahl. Die Frauen waren überhaupt ganz weg; Gegenmittel gab es da nicht.“ Gleichzeitig demonstrierte er ein ungebrochenes Selbstbewusstsein und meldete der Berliner Zentrale: „Ich habe nach dem Ergebnis dieser Wahl die feste Überzeugung, daß die Nationalsozialisten es ohne uns nicht schaffen werden.“³⁵

Petri selbst wurde zum Stadtverordneten in Detmold gewählt. Hier hatten die DNVP drei und die NSDAP acht Sitze errungen. Petri hatte damit sein erstes Mandat und liefert auch hier ein Beispiel für die „soziale Nähe“, die in diesem stadtgeschichtlichen Projekt immer wieder zitiert wurde: Während

Nationalsozialisten und Kommunisten bei der Wahl des Schriftführers der Stadtverordneten weiße Stimmzettel abgaben, stimmte Petri für den Sozialdemokraten Diederich, der dann auch gewählt wurde.³⁶ Die anderen DNVP-Mandate erhielten der Architekt Walter Baumgarten, ein reich beschriebenes Blatt der Detmolder rechten Szene, und der Angestellte Simon Kreiling. Petri behielt sein Amt bis zur Gleichschaltung der Stadtverordnetenversammlung am 5. April 1933. Bemerkenswert ist die Riege der Stadtverordneten der NSDAP, weil sie den Einbruch der radikalen Partei in die bürgerlichen Schichten und damit in das Milieu der DNVP verdeutlicht. Zu ihr gehörten der Rechtsanwalt Ernst Tölle, der Studienrat Fritz Friedrich, der Major a.D. Hans von Donop, der Lehrer Ludwig Koch – eben der, der 1925 über die Liste der DNVP in den Landtag eingezogen war –, und der Kaufmann Arthur Weber.³⁷ Interessant wäre unter dem Aspekt der „sozialen Nähe“ auch eine Betrachtung der Zusammenarbeit der Rechtsanwälte Petri, Tölle und Tielker, die für die DNVP, die NSDAP und die DVP in der Stadtverordnetenversammlung saßen.

Reichspräsidentenwahlen 1932

Im Zusammenhang der beiden Durchgänge zur Wahl des Reichspräsidenten wird deutlich, wie ähnlich die Einschätzungen in Berlin und in Detmold waren. Nach dem ersten Wahlgang, in dem Hindenburg knapp an der 50-Prozent-Hürde scheiterte, legte Hugenberg in einem Schreiben an Hitler vom 20. März 1932 seine Position dar. Einerseits lehnte er es ab, Hitler im 2. Wahlgang zu unterstützen; andererseits beschwor er erneut die Harzburger Front und plädierte für eine Zusammenarbeit mit dem Ziel der gemeinsamen Machtübernahme. Hugenberg unterließ es auch nicht, den Adressaten daran zu erinnern, dass er Braunschweiger Deutschnationalen seine Einbürgerung verdanke, ohne die er gar nicht zu dieser Wahl hätte antreten können.³⁸ Es ist nicht anzunehmen, dass Hitler sehr beeindruckt war. Die Unterstützung für Hindenburg entsprach dem Kalkül, nicht auf Seiten des Verlierers stehen zu wollen. Wo die Sympathien wirklich lagen, verdeutlichte der Medienzar auf der Vorstandssitzung seiner Partei am 2. April 1932: „Hätte Hitler im ersten Gang genau soviel Stimmen wie Hindenburg bekommen, so hätten wir beim zweiten Wahlgang für Hitler eintreten müssen; denn die Fortdauer der Regierung Hindenburg, so wie sie jetzt ist, würde das Ende von Deutschland bedeuten. Da war Hitler immer noch besser.“³⁹

Der 30. Januar 1933 war kein Zufallsprodukt, weil angeblich alle anderen Optionen gescheitert waren. Er war in der DNVP längst vorgedacht. Nur der Untergang der eigenen Partei war dabei nicht mitbedacht worden. Im zweiten

Wahlgang konnte Hindenburg seine Stimmenzahl in Lippe um genau 100 erhöhen (auf 50388), während Hitler ca. 6500 Stimmen dazu gewann (jetzt 39736).⁴⁰ Auch in Lippe war zu erkennen, dass die Mitglieder des Stahlhelm nicht nur im ersten Wahlgang ihren stellvertretenden Bundesvorsitzenden Duesterberg, sondern im zweiten auch ihren Ehrenvorsitzenden Hindenburg im Stich gelassen hatten und zu Hitler übergelaufen waren. Die LZ wertete das Wahlergebnis als politische Abdankung Hugenburgs, war aber ansonsten zufrieden: „Solange Hindenburg regiert, braucht uns um die Zukunft der Nation nicht bange zu sein.“⁴¹ Von Republik, Verfassung, Parlament war nicht mehr die Rede.

Skandale in Detmold

Die NSDAP hatte bis zur Mitte 1932 ihr Wählerpotential ausgereizt. Gerade die maßlose Agitation, die Petri benannte, war dabei die Bedingung ihres Erfolges gewesen, sie markierte aber jetzt eine Grenze. Wenn die NSDAP weitere Wählerschichten erschließen wollte, musste sie taktisch variabler werden: Angesagt waren eine Mäßigung der Agitation, ein Entgegenkommen gegenüber den bürgerlichen Verkehrsformen, eine Anpassung, die bis zur Machtübertragung durchzuhalten war. Zwei Konflikte in Detmold markieren das Schwanken auf diesem Kurs.

Am 11. April 1932 wurde ein Vortragsabend im Landestheater gestört.⁴² Der aus Detmold stammende jüdische Künstler Joseph Plaut hatte das Lied von den Lippischen Schützen vorgetragen. Zwanzig Männer der SA und der NSDAP unter Führung des Ortsgruppenleiters Fritz Grüttemeyer, der später an der Ermordung von Felix Fechenbach beteiligt sein sollte, warfen Stinkbomben unter die Zuschauer und sangen das Horst-Wessel-Lied. Die deutsche Tageszeitung war empört: „Wer ins Theater geht, will nicht von politisierenden Radaubrüdern in seinem Kunstgenuß, für den er bezahlt hat, gestört werden.“⁴³

Bezahlter Kunstgenuß, darum ging es. Nicht um den offenen Antisemitismus bei dieser Aktion – der Jude sollte das ansonsten beliebte Lied nicht singen –, und so sah die Tageszeitung auch keinen Grund, nun etwa von der NSDAP abzurücken: „Wir sind für einen ritterlichen Kampf und glauben, dass auch die maßgebenden Führer der Hitlerbewegung unsere Auffassung, wie dieser Kampf zu führen ist, teilen.“⁴⁴

Wir wissen nicht, was die TZ unter „ritterlichem Kampf“ mit der „Hitlerbewegung“ verstand, eins ist aber deutlich: Die NSDAP wurde als „hoffähig“ anerkannt, es ging nur noch um Stilfragen. Tatsächlich bekämpften sich innerhalb der NSDAP eine radikale antibürgerliche und eine bürgerliche Fraktion

und ihre bürgerlichen Stadtverordneten forderten von Landesleiter Steinecke die Ablösung Grüttemeyers, da sonst ihre Akzeptanz bei den Wählern gefährdet sei. Im Mai 1932 wurde Grüttemeyer zurück gezogen.⁴⁵ Schon am 28. April 1932 aber hatte die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, Plaut zu ersuchen, „das Lied bei seinen Vorträgen abzusetzen, um weitere Verärgerungen auszuschalten.“⁴⁶

Ein weiterer Skandal betraf im September 1932 die Stadtverordnetenversammlung.⁴⁷ Die Reichsleitung der NSDAP hatte ihre Mandatsträger angewiesen, in Uniform aufzutreten, was die bürgerlichen Vertreter in Detmold ablehnten. Ihre drei Stadträte und vier ihrer Stadtverordneten traten am 24. September zurück, unter ihnen auch Ludwig Koch. Als ihre Nachfolger schlug die NSDAP aber gerade Vertreter jener radikalen Fraktion mit Grüttemeyer an der Spitze vor, die Detmold im April lächerlich gemacht hatten. Als die Mehrheit der Stadtverordneten, darunter auch die drei Deutschnationalen, ihnen die Aufnahme verweigerte, mussten sie sich von nationalsozialistischen Stadtverordneten als „gemeines bürgerliches Pack“ und „deutschnationale Volksverräter“ beschimpfen lassen.⁴⁸ Felix Fechenbach stellte darauf hin im Volksblatt fest, dass nun „der ganze Harzburger Käse auseinandergelaufen“ sei.⁴⁹

Tatsächlich brauchte die NSDAP mehrere Anläufe, bis sie neue, eher gemäßigte Kandidaten durchbringen konnte. An ihrer Spitze stand nun der SS-Mann Hans Keller, der spätere Bürgermeister. An der Politik der NSDAP änderte sich dadurch nichts. Die Landeszeitung sprach von einer „Rückzugs-Blamage“⁵⁰, aber diese Wertung ist durchaus fraglich. Die Blamage lag doch eher bei den bürgerlichen Mandatsträgern, die glaubten, die internen Spannungen der NSDAP ausnutzen und „anständige“ gegen „unanständige“ Nationalsozialisten ausspielen zu können. Petri aber war mehr denn je von der eigenen Stärke überzeugt und wertete das Detmolder Geschehen als beispielhaft. In einem Schreiben an Wilhelm Teudt bemerkte er am 19. November 1932 rückblickend: „Die Vorgänge in Detmold bieten doch vielleicht eine gute Analogie. Ich bin immer für die Zusammenarbeit gewesen, aber wenn wir uns nicht gewehrt hätten, hätte sich die jetzige vernünftige Richtung bei den hiesigen Nationalsozialisten niemals durchgesetzt. Das ist eben bei der Reichspolitik auch nicht anders.“⁵¹

Die Landtagswahl 1933

Das dramatische Finale kam mit der Landtagswahl vom 15. Januar 1933. Die NSDAP, die sehr stark vom Mythos der unbezwinglich anwachsenden braunen Welle lebte, hatte bei den Reichstagswahlen im November erstmals einen Rückschlag erfahren. Das spiegelt sich auch in den lippischen Ergebnissen:

Hatte die NSDAP im Juli noch 43,1 Prozent der Stimmen erhalten, so waren es im November nur noch 34,7 Prozent. Dazu kam der Versuch des Reichskanzlers Schleicher, die NSDAP zu spalten. Er war zwar abgewehrt worden, blieb aber als mögliche Bedrohung bestehen. Die Macht erschien für Hitler plötzlich unerreichbar. In dieser Lage kam für die NSDAP alles darauf an zu demonstrieren, dass sie noch siegesfähig sei, dass sie die Massen noch an sich binden könne und dass Hitler noch für die Kanzlerschaft in Frage komme. Die nächste Chance, das zu zeigen, war zufällig die Landtagswahl in Lippe.

Gleichzeitig hatte die lippische DNVP Morgenluft gewittert, nachdem sie von 8,4 Prozent im Juli auf 9,8 Prozent im November geklettert war. Ihr Ziel war es, das „System Drake“ zu stürzen. Das war die „Festung“, die gestürmt werden sollte. Petri formulierte das Ziel in einem Schreiben an Hugenberg vom 24. Dezember 1932: „13 Jahre lang werden wir jetzt sozialdemokratisch regiert. Zum ersten Mal bietet sich die Aussicht, dieses Regime zu stürzen, unter dem wir doch alle gelitten haben, viel mehr als in größeren Staaten, wo mehr par distance regiert wird. Das ist doch aller rechtsgerichteten Wähler erstes Ziel.“⁵²

Petri war überzeugt, dass die NSDAP auch in Lippe weiter zurückfallen werde und dann die so lange gewünschte Koalitionsregierung mit der DNVP akzeptieren müsse, in Detmold wie in Berlin. Über die Taktik im Wahlkampf gingen die Ansichten in Detmold und Berlin allerdings auseinander. Hugenberg definierte die NSDAP als parteipolitischen Gegner, aber nicht, weil er sich vor der NS-Diktatur fürchtete, sondern weil er im Gegenteil Hitlers legalistischer Taktik nicht traute und ihn rechts überholen wollte. Deutlich wird das in seinen Ausführungen auf der Vorstandssitzung vom 16. Dezember 1932:

Im Augenblick stehen wir politisch allein. Die anderen Parteien sind sich einig in der Gegnerschaft gegen uns, weil wir die Einzigen sind, die gegen die Fortdauer des parlamentarischen Systems kämpfen ... Die Denkweise des Herrn Hitler über den Parlamentarismus hat sich ... völlig verändert ... Es bestand bei den Nationalsozialisten die Gefahr absoluter parlamentarischer Versumpfung. Ich hoffe allerdings immer noch, Hitler daraus herauszureißen ...⁵³

In Detmold dagegen sah Petri die NSDAP als „Partner“ und versuchte sich an einem neuen „Burgfrieden“. In einem Schreiben an die Geschäftsstelle in Berlin erläuterte er am 21. Dezember die Vereinbarung, die er mit dem Landesleiter der NSDAP, dem Hauptmann a.D. Walter Steinecke aus Lemgo, getroffen hatte. Steinecke habe zugesagt, auf Angriffe gegen die DNVP in Zeitungen und Reden zu verzichten; umgekehrt wolle sich auch die lippische DNVP aller Angriffe enthalten, da beide gemeinsame Ziele hätten: „Jedenfalls ist es notwendig, daß wir Deutschnationale in Lippe uns bei diesem

Wahlkampf an diese Abmachung halten. Es handelt sich tatsächlich für uns darum, ob wir das sozialdemokratische Landespräsidium stürzen oder nicht und daß wir hinterher mit den Nationalsozialisten zusammen eine Regierung bilden wollen.“⁵⁴

Wie absurd die Burgfriedenstaktik war, wird auch in einer Bemerkung Petris in einem Schreiben an die Hauptgeschäftsstelle der DNVP in Berlin vom 7. Dezember 1932 deutlich: „Jedenfalls haben wir in diesem Wahlkampf kein Interesse daran, daß die Nationalsozialisten verlieren, ebensowenig wie die Nationalsozialisten das uns gegenüber haben.“⁵⁵ Einen besseren Gegner konnte sich die NSDAP nicht wünschen, und nichts konnte begründen, warum nun mit dem Haudegen Steinecke besser funktionieren sollte, was mit Dr. Fuhrmann zuvor schon gescheitert war. Natürlich hielt sich die NSDAP auch jetzt an keine Abmachung, während der DNVP längst die „silbernen Kugeln“ ausgegangen waren. Im Wahlkampf konnte keine andere Partei mit dem Aufwand der NSDAP mithalten. Der NSDAP ging es um Berlin, der SPD um Lippe, der DNVP ging es um beides. Während für die NSDAP aber die gesamte Parteiprominenz aufmarschierte, ließ sich Hugenberg nur zu Veranstaltungen im kleinen Kreis blicken, zu „Bierabenden“ in Hinterzimmern von Gaststätten, über die sich der Lippische Kurier dann lustig machen konnte.

Der Januar 1933

Der Wahlausgang am 15. Januar 1933 war eindeutig. Die NSDAP erhielt 38844 Stimmen und 9 Mandate, während sich die DNVP mit 5923 Stimmen und einem Mandat zufrieden geben musste. In Detmold war der Unterschied mit 3605 Stimmen für die NSDAP und 1001 für die DNVP nicht ganz so krass, aber dennoch eindeutig.⁵⁶ Man hat allerdings den Eindruck, dass Petri seine Niederlage gar nicht verstanden hatte. Er hing immer noch der Illusion an, dass die Qualität seines Elitenkartells der Quantität der NSDAP-Massen überlegen sei. Im Rückblick auf die Wahl betonte er noch einmal seine Verdienste auch um den Sieg der NSDAP, so seien etwa SA-Männer kostenlos auf dem Hof eines Vorstandsmitglieds der lippischen DNVP untergebracht und verpflegt worden. Sodann entwickelte er zwei taktische Alternativen für das Verhalten im Landtag: Die eine war eine Koalitionsregierung mit der NSDAP, wobei die DNVP zwei Sitze im aus drei Personen bestehenden Landespräsidium beanspruchte, die andere die parlamentarische Duldung durch die NSDAP ohne Regierungsbeteiligung.⁵⁷ Weiter konnte man sich kaum von einer realistischen Einschätzung der Lage entfernen.

Aus Berlin gab es dagegen verärgerte Reaktionen. Die Parteileitung warf Petri vor, die Wahl gerade wegen der „Burgfriedenspolitik“ verloren zu ha-

ben und betonte, dass die Niederlage in Lippe „durchaus nicht symptomatisch für die Gesamtstellung der DNVP im Reiche“ sei. Die lippische Parteiorganisation habe zudem „die Aufgaben eines selbständigen Landesverbandes nicht erfüllt.“ Petri wurden absolute Unfähigkeit und völliges Versagen vorgeworfen.⁵⁸ Zwei Wochen später hatte allerdings auch Hugenberg sein Pulver verschossen und sich dem neuen Reichskanzler unterworfen. Petri wehrte sich unter Hinweis auf die mangelnde finanzielle und personelle Unterstützung, vor allem durch Hugenberg selbst. Zuletzt machte er wahr, was er zuvor schon öfter angedroht hatte, und legte am 16. Januar 1933 den Vorsitz des Landesverbandes nieder. Sein Nachfolger wurde der bisherige Chef der Detmolder DNVP, Oberstudiendirektor Dr. Bonwetsch, Leiter des Oberlyzeums. Einen Erfolg wollten Petri und Bonwetsch aber doch nicht unerwähnt lassen: Das „System Drake“ und die SPD waren abgewählt worden.⁵⁹ Verfassung, Demokratie und Republik galten danach auch in Lippe nicht mehr. Die lippische DNVP war in jeder Hinsicht am Ende, kurz darauf auch die Gesamtpartei. Nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 gründete die DNVP mit anderen rechten Organisationen die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot. Es half ihr nichts, weder im Reich noch in Lippe. Als der Landtag in Lippe gemäß der Sitzverteilung im Reichstag gleichgeschaltet wurde, ging ein Sitz an die neue Kampffront. Petri selbst wollte das Mandat wahrnehmen, aber das blieb ohne Bedeutung.⁶⁰ Der Landtag trat am 21. Juni 1933 zum letzten Mal zusammen. Hugenberg und Petri zeigten aber zum Schluss noch einmal eine Gemeinsamkeit: Beide fanden in der NSDAP ihre neue politische Heimat.⁶¹

Schlussbemerkungen

Die Weimarer Republik war kein Experiment, sie war kein Zwischenkriegsmodell und ihre Unterstützer waren keine Versuchskaninchen. Sie war eine historische Erscheinung, die eine wirkliche Chance hatte, auch wenn sie „zur denkbar ungünstigsten Stunde“ gewagt wurde.⁶² Selbst in den Zeiten, in denen in der Bundesrepublik die NS-Zeit tabuisiert war, wurden die Fragen nach den Gründen für ihr Scheitern gestellt. Die verschiedenen Antworten hatten ihre Konjunkturen.

Erst war der Versailler Vertrag mit seiner unbarmherzigen Härte Schuld. Wer so argumentierte, kannte allerdings weder die Details des Vertrags und noch weniger den von der deutschen Heeresleitung 1917 diktierten Vertrag von Brest-Litowsk. Dann war die Reichsverfassung Schuld, vor allem mit ihrer Möglichkeit der Regierung über Notverordnungen, mit der herausgehobenen Position des Reichspräsidenten und mit der fehlenden Fünfprozentklausel. Das erste Argument verschwand, nachdem der Bundestag im Mai 1968



Die letzte Sitzung des Lippischen Landtags am 21. Juni 1933, Foto in der Lippischen Landeszeitung vom 22. Juni 1933. Zu sehen sind die Abgeordneten der NSDAP, die Vertreter der Lippischen Landesregierung sowie am Rande stehend Helmuth Petri als Vertreter der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot.

die Notstandsgesetze verabschiedet hatte. Das zweite Argument vergisst, dass Politik auch von Personen gemacht wird: Unter Ebert hat gerade diese starke Stellung des Reichspräsidenten die Republik gerettet. Und beim dritten Argument muss man nur zählen können, um seine Unsinnigkeit zu erkennen. Dann kam ein politisches Argument, das als Reaktion auf die 68er Bewegung neuen Aufwind erhielt: Die Extremisten auf der Rechten wie auf der Linken hätten die bürgerliche Mitte „zerrieben“.

Um es zusammenzufassen: Es gab viele Schuld Faktoren, nur eine gesellschaftliche Gruppe kam in diesem Bild nicht vor: die bürgerliche Rechte und jene „Mitte“, die sich bei der Wahl zwischen Republik und Drittem Reich für den neuen „Führer“ entschieden hatte. Die bürgerliche Mitte ist nicht zwischen den extremen Parteien „zerrieben“ worden, sondern sie hat sich früh von ihren Idealen verabschiedet und zuletzt die Diktatur akzeptiert. Der Probestein für die republikanische Gesinnung bleibt nach wie vor die Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz im Reichstag. Am 23. März 1933 stan-

den 444 Ja-Stimmen den 94 Nein-Stimmen der SPD gegenüber. Enthaltungen kamen nicht vor.

Ohne die Hugenburgs und Seldtes auf nationaler und die Petris auf regionaler Ebene hätte die NSDAP nicht regieren können. Darin liegt keine Mitschuld an den mörderischen Details der NS-Politik, aber eine politische Verantwortung, der sich die Vertreter dieser Politik später nicht gestellt haben. Sie fehlte im Angebot der Erklärungsmodelle, weil genau diese Konservativen, anders als es das Bild von der „Stunde Null“ suggeriert, den Nachkriegsdiskurs über Geschichte zwei Jahrzehnte lang wesentlich mitbestimmt haben.

Anmerkungen

1. Manuskript der Ansprache in Landesarchiv NRW, Staats- und Personenstandsarchiv Detmold (StADT) D 72 Helmuth Petri Nr. 9.
2. Leopold von Ranke: Über die Epochen der neueren Geschichte. Ausgabe München u.a. 1917, S. 17.
3. Naturwissenschaftlicher und Historischer Verein für das Land Lippe (Hg.): Geschichte der Stadt Detmold. Detmold 1953. Die stadtgeschichtlichen Ausführungen von Erich Kittel enden mit dem 17. Jahrhundert.
4. Siegfried Kracauer: Geschichte – Vor den letzten Dingen. Ausgabe Frankfurt 1973, S. 99ff. Kracauer entwickelt dabei den Gedanken des englischen Historikers Thomas Babington Macauley weiter.
5. Hannah Arendt: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen. Reinbek 1978.
6. Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie. In: Dies.: Politische Schriften. Leipzig 1970, S. 227-372, hier S. 242.
7. Detlev Peukert: Die Weimarer Republik. Frankfurt 1987; Heinrich August Winkler: Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie. Frankfurt u.a. 1994; Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vierter Band: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949. Frankfurt 2003.
8. Peukert, S. 207.
9. S. dazu Lothar Albertin: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei. Düsseldorf 1972.
10. Zahlen, Daten, Fakten und Namen zu den Wahlen in Lippe finden sich in der grundlegenden Analyse von Hans Hüls: Wähler und Wahlverhalten im Land Lippe während der Weimarer Republik. Detmold 1974.
11. Dazu s. Klaus Hornung: Der Jungdeutsche Orden. Düsseldorf 1958.

12. Gustav Stresemann: Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden. Hg. von Henry Bernhard u.a., Berlin 1932-1933, Bd. 2, S. 303.
13. S. den „Leitfaden zur Landtagswahl für auswärtige Redner der D.N.V.P.“ vom 3. Januar 1933, s. auch den dazugehörenden Schriftwechsel mit Kesting, D 72 Helmuth Petri Nr. 4.
14. Manuskript in StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 9.
15. So auch Wolfgang Bender in seinem Beitrag in diesem Band.
16. S. seine Ausführungen im Schreiben an den Grafen Westarp vom 17. September 1927, StADT D 72 Petri Nr. 4.
17. Peukert, S. 261.
18. Zu Weißel s. den Beitrag von Hans-Peter Wehlt in diesem Band.
19. Schreiben des Schatzmeisters der DNVP an Petri vom 24. Oktober 1932, StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 6. Die Auseinandersetzungen durchziehen die Akten im Nachlass Petris.
20. Die Korrespondenzen dazu in StADT D 72 Petri Nr. 1.
21. Mehrere Schreiben Petris an Hugenberg in StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 1.
22. Schreiben vom 7. Februar 1931, StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 1.
23. S. Listen in StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 1 und Nr. 4.
24. Schreiben Künnens vom 12. und 15. Dezember 1931, StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 1.
25. Schreiben vom 5. Februar 1932, StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 1.
26. Schreiben Petris an Teudt vom 19. November 1932, StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 9.
27. Schreiben vom 11. Oktober 1930, StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 3.
28. Zum ganzen Verfahren s. die Protokolle der Landtagsverhandlungen Wahlzeit 1929-1932. Bd. I: Januar 1929 bis Dezember 1930, S. 728ff. und Bd. II: Februar 1931 bis November 1932, S. 164ff.
29. Schreiben vom 4. Dezember 1930, StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 1.
30. StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 1.
31. StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 3.
32. StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 3.
33. Schreiben an von Rohr vom 4. Januar 1932, StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 1.
34. Ergebnisse in der Lippischen Landeszeitung (im Folgenden: LZ) vom 12. Januar 1932. Blomberg bildet insofern eine Ausnahme, als die NSDAP hier in einer Listenverbindung angetreten war.
35. Schreiben an die Hauptgeschäftsstelle in Berlin vom 14. Januar 1932, StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 3.
36. Schreiben Petris an die Redaktion der LZ vom 25. Februar 1932, StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 8.
37. LZ vom 12. Januar 1932.
38. StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 1.

39. StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 4.
40. LZ vom 11. April 1932.
41. LZ vom 12. April 1932.
42. S. dazu Andreas Ruppert: „Die Ortsgruppe Detmold der NSDAP 1925-1934“, in Stadt Detmold (Hg.): Nationalsozialismus in Detmold. Dokumentation eines stadtgeschichtlichen Projekts. Bearb. von Hermann Niebuhr u. Andreas Ruppert. Bielefeld 1998, S. 203-232, hier S. 216-219.
43. Lippische Tageszeitung (im Folgenden: LTZ) vom 13. April 1932.
44. LTZ vom 13. April 1932.
45. StADT L 113 Nr. 356.
46. LTZ vom 29. April 1932.
47. Ruppert: Ortsgruppe, S. 220f.
48. LTZ vom 30. September 1932.
49. Volksblatt vom 30. September 1932.
50. LZ vom 12. Oktober 1932.
51. StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 9.
52. StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 9.
53. StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 4.
54. StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 9.
55. StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 9.
56. Ergebnisse in der LZ vom 16. Januar 1933.
57. StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 9.
58. Analyse des Geschäftsführers Major Nagel in „Mitteilungen Nr. 1 der Parteizentrale“ vom 19. Januar 1933, in StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 9.
59. Undatiertes Rechtsfertigungsschreiben des Parteivorstands in Lippe nach der verlorenen Landtagswahl, StADT D 72 Helmuth Petri Nr. 9.
60. LZ vom 11. April 1933.
61. Zu Petri s. StADT L 80.01 Nr. 2336.
62. Peukert, S. 16.